



SOZIALDEMOKRATEN FÜR EUROPA

17.12.1987 1104/87

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Der Pressesprecher für Europa - Politik
beim SPD-Vorstand, Willi CARL, teilt mit:

Gerd WALTER MdEP: SPD-Europaabgeordnete begrüßen DGB-Appell

"Für ein soziales Europa"

Wer die Zustimmung der Arbeitnehmer für die politische wirtschaftliche Integration Europas will, muß auch den sozialen Fortschritt in Europa sichern, muß Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte ausweiten und muß insbesondere für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit sowie für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in Europa einen entsprechenden Beitrag leisten. Auf diesen Kernforderungen basiert der Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) "Für ein soziales Europa", mit dem der DGB im Zusammenwirken mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) die Prioritäten für die deutsche EG-Präsidentschaft festgeschrieben hat.

Die SPD-Abgeordneten in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments haben die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes einhellig begrüßt und als einen wichtigen Beitrag zur politischen Orientierung in der Gemeinschaft bewertet. Sie unterstützen insbesondere den Appell der Gewerkschaften an Arbeitgeber und konservative Politiker, die politische Integration Europas nicht auf die Verwirklichung einer europäischen Freihandelszone zu reduzieren und den Harmonisierungsprozess nicht zur Deregulierung sozialer Schutzrechte zu mißbrauchen.

Die SPD-Europaabgeordneten teilen zudem die Auffassung, des DGB, daß die bis 1992 angestrebte Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes mit der Schaffung eines europäischen Sozialraumes einhergehen muß, der soziale Dumpingpraktiken verhindert und zur Angleichung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Gemeinschaft beiträgt.

Der Appell der europäischen Gewerkschaften für ein soziales Europa erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem mehr als 16 Millionen Frauen und Männer heute in der Europäischen Gemeinschaft ohne Arbeit sind! Besonders hart betroffen sind junge Menschen und Frauen. 40 von 100 Arbeitslosen sind noch nicht einmal 25 Jahre alt. Zugleich wächst die "neue Armut" beständig weiter. Die Politik der Europäischen Gemeinschaft hat bisher keine Verringerung der Arbeitslosigkeit erreicht.

- 2 -

Diese wirtschaftliche und soziale Situation gefährdet die politische Stabilität. Sie bedroht den Erhalt und den Ausbau von Demokratie und Freiheit in Europa. Nach mehr als 30 Jahren europäischer Integration hat sich die Vision eines sozialen Europas immer noch nicht erfüllt. Das Europa von heute ist ein anderes als es die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wollten. Ihr Ziel war die Schaffung einer solidarischen, sozialen, freiheitlichen und friedlichen Gesellschaft in Europa.

Statt dessen nehmen die Versuche zu, in Politik und Wirtschaft durch Sozialabbau und durch eine Beeinträchtigung demokratischer Strukturen der EG wirtschaftliche, soziale und technologiepolitische Probleme zu bewältigen.

In einer Zeit langsamen Wachstums, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Umweltzerstörung und eines grundlegenden industriellen Strukturwandels muß die Europäische Gemeinschaft ihr wirtschaftliches, technisches und vor allem menschliches Potential nutzen, das die Gemeinschaft von über 320 Millionen Bürgern bietet. Nationale Anstrengungen können die Herausforderungen nicht bewältigen.

Es bedarf einer gemeinsamen europäischen Anstrengung: von Unternehmen, den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften und von den Regierungen. Jeder, der den Arbeitnehmern soziale Rechte vorenthält, verschenkt die Chance einer raschen und umfassenden Bewältigung des wirtschaftlich technologischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Erkenntnis darf sich die Politik nicht verschließen.

Durch die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) wurden in der Europäischen Gemeinschaft vertragliche Voraussetzungen geschaffen, diesen Herausforderungen zu begegnen. Die EEA, die ein Zwischenschritt zur Europäischen Union darstellt, verpflichtet die Mitgliedstaaten, auch ein soziales Europa zu schaffen. Programmatisch hat die Europäische Gemeinschaft die Herausforderung erkannt. Europa muß jetzt handeln. Darin sind wir uns mit dem DGB und EGB einig.

Eine besondere Chance bietet dafür, dass bis 1992 der EG-Binnenmarkt verwirklicht werden soll. Er muss, wenn er von den Arbeitnehmern mitgetragen werden soll, deutlich soziale Akzente verwirklichen.

Dabei kommt der Regierung der BRD eine besondere Verantwortung zu, weil sie im Januar 1988 die Präsidentschaft im EG-Ministerrat übernimmt. Sie muß diese Zeit nutzen, um eine aktive Politik zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Europa voranzubringen und bei der Entwicklung des EG-Binnenmarktes die soziale Komponente zu stärken. D.h. konkret:

- Die Instrumente der Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen in den Betrieben müssen gesichert und ausgebaut werden; sie dürfen auf keinen Fall auf das niedrigste Niveau herabsinken, wenn es vermehrt zu europäischen Großunternehmen kommt.
- Es müssen entschiedene Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet werden, damit auch so zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beigetragen und die fortschreitende Technisierung und Rationalisierung den Arbeitnehmern nutzbar gemacht wird.
- Das Aktionsprogramm zur Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muß beschleunigt verabschiedet und verwirklicht werden.
- Keinesfalls darf die Entwicklung des EG-Binnenmarktes zu einer Erhöhung der Verbrauchersteuern mißbraucht werden; die künftige Finanzierung der EG sollte durch eine entschlossene und sozial gerechte Reform der Agrarpolitik sowie durch ein neues Finanzierungsmodell gesichert werden, das sich unter anderem an der Wirtschaftskraft der Mitgliedsländer orientiert.

Wir wissen uns mit den EG-Gewerkschaften und insbesondere dem DGB einig, dass wir es nicht zulassen werden, wenn die Bundesregierung versuchen sollte, Fehlentwicklungen, die sie selbst zu verantworten hat, der Europäischen Gemeinschaft anzulasten. Die Entwicklung des Binnenmarktes muss Ansporn für zukunftsweisende Projekte sein. Wenn die Bundesregierung sich an der Leitlinie von DGB und EGB orientiert, kann sie auch mit der Unterstützung der Sozialdemokraten und Sozialisten im Europäischen Parlament